

**Neujahrsempfang des FDP- Stadtverbandes und der  
Stadtverordnetenfraktion Zwingenberg**

**02.02.2012**

**Sehr geehrter Frau Rettig,  
sehr geehrter Herr Dr. Habich,  
sehr geehrter Herr Becker  
meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde**

am meisten Freude bereitet es mir, Neujahrsansprachen bei Veranstaltungen der FDP zu halten.

Handelt es sich dabei noch um eine liberale Hochburg ist es besonders schön. Und wenn man dann noch von einem liberalen Bürgermeister, wie Herr Dr. Habich, hier im schönen Hessen begrüßt wird, dann ist das kaum noch zu übertreffen.

Ihre (zahlreiche) Teilnahme an diesem Empfang zeigt zum einen Ihre tiefe Verbundenheit mit der Partei, worüber ich mich in den aktuellen Zeiten besonders freue, als auch Ihre tiefe Verbundenheit zu ihrer Heimatstadt Zwingenberg.

Diese Verbundenheit kann ich sehr gut nachvollziehen, ein wirklich markantes und besonders liebreizendes Plätzchen in der schönen Bergstraße, dass Sie hier Ihre Heimat nennen dürfen.

Zwingenberg schaut auf eine lange Vergangenheit zurück, wenn ich es richtig sehe feiert Zwingenberg in diesem Jahr das 1000-jährige Jubiläum seiner ersten urkundlichen Erwähnung.

Ein Großteil dieser Geschichte war hart und beschwerlich.

Die Zwingenberger, also Sie, sind demnach scheinbar ein nicht kleinzukriegendes Völkchen. Eine Eigenschaft, die besonders dem Stadtverband der FDP, (momentan) zu nutze kommt.

Meine Damen und Herren,  
ich komme mit guten Neuigkeiten zu Ihnen.

Deutschland steht ausgezeichnet da.

Die aktuellen Zahlen des Jahreswirtschaftsberichtes strafen den Pessimismus der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag lügen.

2010 hatten wir in der Bundesrepublik ein Wachstum von 3,7 Prozent, im Jahre 2011 ein Wachstum von 3,0 Prozent, und auch 2012 wird die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs bleiben.

Damit ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich höher als in unseren Nachbarländern.

Und das wichtigste: Dank der aktuellen Regierungskoalition können die Bürgerinnen und Bürger dieses Wachstum direkt in ihren Geldbeuteln spüren.

Besonders Hessen hat einen enormen Anteil an der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik. 37.101 Euro wurden 2010 von jedem Hessen erwirtschaftet. Diese Zahl ist knapp ein Viertel höher als der Bundesdurchschnitt und wir liegen damit unangefochten an der Spitze der Republik.

Wir haben in Deutschland die höchste Zahl der Beschäftigten seit bestehen der Republik und erwarten in diesem Jahr sogar einen noch höheren Wert. Die Zahl der Arbeitslosigkeit ist die geringste seit 20 Jahren, also seit der Wiedervereinigung. Wir haben steigende Renten und sinkende Rentenbeiträge und dazu noch mehr verfügbares Einkommen für die Menschen.

All diese Zahlen sind das Ergebnis der guten Wirtschaftspolitik durch die Regierungskoalition in den letzten beiden Jahren. Wir als FDP setzen weiterhin auf Wirtschaft, Arbeit und vor allem Wachstum. Und diese zukunftsgerichtete und positive Politik werden wir auch uneingeschränkt fortführen.

Eine große Herausforderung der nächsten Monate und Jahre wird der Umbau der deutschen Energieversorgung sein. Und auch diese Herausforderung werden wir in der Koalition meistern. Wir brauchen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und natürlich die Bezahlbarkeit von Energie. Diesen Aufgaben werden wir nur mit Hilfe fairen Wettbewerbs und freien Märkten Herr bleiben können.

Das EEG – Das Erneuerbare-Energien-Gesetz – gibt es nun seit 12 Jahren. Was zur Einführung der regenerativen Energien notwendig war, muss jedoch aufgrund einiger massiven Änderungen auf dem Energiemarkt überarbeitet werden.

Augenscheinlich wird dies beim Betrachten des eklatanten Missverhältnis zwischen den aktuellen Subventionen in Solaranlagen und dem tatsächlichen Nutzen, der aus diesen entsteht. Insgesamt 6 Milliarden Euro – 50 Prozent der Mittel des EEG – werden aktuell für die Photovoltaik ausgegeben. Diese produzieren jedoch nur etwa drei Prozent der gesamten Energie in Deutschland. Der Zubau an neuen Anlagen geht zwar schneller vonstatten als von der Regierung erwartet, aber davon profitieren nicht die deutschen Hersteller, die durch die sicheren Subventionszahlungen bei der Entwicklung sehr träge

geworden sind, sondern chinesische Hersteller, die bereits heute 60% der deutschen Anlagen herstellen. In Deutschland selbst werden im Übrigen nur noch 15% der hiesigen Photovoltaikanlagen hergestellt.

Mit anderen Worten: Wir finanzieren mit unseren Subventionen den Aufbau der chinesischen Solarindustrie und nicht etwa einen tatsächlichen Anstieg regenerativen Energien in Deutschland. Dieses Missverhältnis gilt es zu korrigieren und genau daran arbeiten wir momentan. Wenn wir die Energiewende zu vertretbaren Kosten schaffen wollen, ist ein Umsteuern beim EEG zwingend erforderlich. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat deshalb eine grundlegende Reform der EEG-Förderung angemahnt und konkrete Vorschläge vorgelegt. Als Koalition haben wir versprochen, Mitte Februar einen gemeinsamen Entwurf des Wirtschaftsministeriums und des Umweltministeriums vorzulegen.

Auch dieses Thema zeigt, dass sich Union und FDP, in diesem Falle Röttgen und Rösler, nicht immer einig sind. Doch auch bei diesem Thema werden wir einen Kompromiss finden, der die Probleme lösen wird.

Auch beim Thema Finanztransaktionssteuer hat die Union, wenn auch nur zum Teil, eine andere Meinung als wir Liberale.

Mit ihrer gemeinsamen Pressekonferenz zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer haben Frau Dr. Merkel und der Präsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, die Debatte zur Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte neu entfacht und zeigen deutlich auf, warum die FDP als liberale Kraft im Deutschen Bundestag nicht zu ersetzen sind. Aus guten Gründen fordern wir als FDP Wettbewerbsgleichheit in Europa.

Eine Finanztransaktionssteuer nur in Europa einzuführen, ist an sich schon ein gewagter Schritt. Diesen Weg ohne London zu gehen ist jedoch nicht nur gefährlich, sondern vor allem unverantwortlich. Schweden hatte bereits in den Jahren 1984 bis 1991 eine Finanztransaktionssteuer eingeführt. Und genau diese Steuer führte zu einem drastischen Rückgang aller Börsengeschäfte sowie einer massiven Kapitalflucht in ausländische Märkte. Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich wie verantwortungslos es ist, mit diesem Thema reine Symbolpolitik zu betreiben. Durch eine Finanztransaktionssteuer in Deutschland würde ein Großteil der Geschäfte die Eurozone verlassen und beispielsweise zum Finanzplatz London abwandern. Auch die Geschäfte ausländischer Investoren würden nicht länger in Frankfurt abgewickelt, weil die Konkurrenz, unter anderen die Börse in London, außerhalb der Eurozone ansässigen Anlegern in jedem Fall Steuerfreiheit bieten kann.

Und heutzutage, mit den Möglichkeiten der modernen Technik, ist es noch viel einfacher, den Handelsplatz mit wenigen Klicks zu verlagern.

Wie die Umsatzsteuer belastet die Finanztransaktionssteuer nicht die Finanzinstitute, sondern letztendlich die Kunden. Dadurch sind erneut Arbeitsplätze gefährdet. Auch die FDP will die Profiteure staatlicher Stützungsmaßnahmen im Finanzsektor an den Kosten beteiligen. Daran gibt es keinen Zweifel. Jedoch ist ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher europäischen Akteure von zentraler Bedeutung.

All diese Bedenken wurden bisher weder vom Koalitionspartner, noch der Europäischen Kommission entkräftet.

Als FDP, das verspreche ich Ihnen an dieser Stelle, werden wir bei der Finanztransaktionssteuer nicht nachgeben und auf dem Koalitionsvertrag beharren.

Unser Ziel muss es sein, Frankfurt als zentralen kontinentaleuropäischen Börsen- und Finanzplatz zu stärken.

Wie sehr solche hemmenden politischen Entscheidungen auf die deutsche Wirtschaft wirken können zeigt das aktuelle Beispiel der BASF.

Der weltweit größte Chemie Konzern hat angekündigt, die Zentrale seiner Sparte für Grüne Gentechnik komplett in die USA zu verlagern.

Dieser Weckruf für den Industrie- und Forschungsstandort Deutschland muss mit einem gesellschaftlichen Bekenntnis zur verantwortungsvollen Forschung erwidert werden.

Was wir in Deutschland brauchen, ist eine zukunftsorientierte, wissensbasierte Diskussionskultur. Gutausgebildeten jungen Menschen wird die Chance genommen, zukunftssträchtige Berufe, z.B. in der Biotechnologie zu ergreifen. Auch diese jungen Menschen werden Deutschland verlassen.

Und wie reagieren die Oppositionsparteien auf diese Ankündigungen?

Mit weiteren Verboten und Regulierungen.

Unter anderem fordern – neben den Linken – nun auch die Grünen im Deutschen Bundestag die deutschen Außenhandelsbilanzüberschüsse, die einen großen Teil unseres Wohlstandes und damit der sozialen Sicherungssysteme trägt, kurzerhand zu verbieten.

Gerade wir als Exportnation müssen dafür sorgen, dass die Grundprinzipien unserer Wirtschaft erhalten bleiben. Die soziale Marktwirtschaft, definiert über freien Handel, fairen Wettbewerb und vor allem offene Märkte ist grundlegende Voraussetzung für eine gute Außen- und Wirtschaftspolitik.

Das neuste und fortschrittsverweigernde Kunststück der Linken, als jetzt auch der Grünen im Bundestag ist aber sicherlich der geforderte Abbau des Wachstumszwanges.

Hier gehen wir als Regierungskoalition ganz Bewusst einen anderen Weg: Wir setzen auf Wirtschaft, Wachstum und Innovation.

So setzen wir uns, als Liberale, von den Pessimisten, Überregulierern und Fortschrittsverweigerern in Deutschland ab.

Die großen liberalen Erfolge der letzten Jahrzehnte führen zu einem paradoxen Problem der Parteienwerbung: Es wird immer schwieriger, mit Freiheit an sich beim Wähler zu punkten.

Als Reaktion darauf verlassen die meisten politischen Parteien ihre Programmatik, und zwar im Trend weg von der Freiheit und hin zum Umgang mit den geschürten Ängsten, die das moderne Leben in einer globalisierten und freiheitlichen Welt zwangsläufig mit sich bringt. Diese Ängste werden jedoch nicht bekämpft, sondern genutzt, um den Menschen nach und nach die hart erkämpfte Freiheit in kleinen Schritten durch Regulierungen und Verbote wieder weg zu nehmen. Unsere Marktwirtschaft sorgt leider nicht automatisch für einen politischen Prozess der liberalen Etablierung.

Hat man die wesentlichen Eckpunkte des Liberalismus erst einmal fest etabliert, werden diese Errungenschaften schnell als selbstverständlich hingenommen. Die persönliche Freiheit führt natürlich auch zu einer gewissen Anpassungslast. Freiheit ist auch immer mit Verantwortung verbunden.

Die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen ist gerade dabei, den Ladenschluss wieder auf 20 Uhr zurück zu verlegen und handelt damit, im Zeitgeist des 19. Jahrhunderts. Warum werden diese liberalen Erfolge so schnell hinweg gewischt?

Leider haben die Menschen ein kurzes Gedächtnis. Denn, je mehr Freiheit herrscht, desto weniger wird sie gewürdigt.

Diese Entwicklung zeigt sich aktuell durch das Husarenstück der Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer im Saarland, die FDP vor die Tür zu setzen und sich der SPD anzudienen. Dieser Plan ist gescheitert. Frau Kramp-Karrenbauer wird als Kurzzeit-Ministerpräsidentin in die Geschichte eingehen, die der linken Renaissance im Saarland den Boden bereitet hat.

Wen in den vergangenen Monaten die Angst umgetrieben hat, Merkel könne die Berliner Koalition platzen lassen, kann vom saarländischen Exempel lernen.

Die SPD will nicht Junior-Partnerin von Frau Merkel sein, sondern will eine andere, eine linke Mehrheit in dieser Republik.

Offen gesagt, wir sind ja hier unter uns, auch die FDP hat Fehler gemacht. Und sie hat nicht alle Chancen genutzt wie sie sie hätte nutzen können. Doch eines kann ich Ihnen mit ruhigem Gewissen und voller Überzeugung sagen, mit einer Regierung ohne FDP wäre es wirklich schlimm.

Neben der bereits genannten Finanztransaktionssteuer muss man nur die von der Opposition geforderten Eurobonds nennen, um darauf aufmerksam zu machen, welchen Weg Deutschland in den letzten Jahren mit der SPD gegangen wäre.

Es ist ganz klar: Die FDP – als klassisch liberale Partei – ,die die Freiheit ins Zentrum ihres Denkens gestellt hat, ist unter den aktuellen Bedingungen in einem schwierigen Fahrwasser. Doch die deutsche Politik braucht uns dringend, nicht nur um unsere Freiheit zu sichern und weiter auszubauen, sondern auch um die Wirtschaftskraft und damit die sozialen Wohlstand der Gesellschaft zu sichern.

Dafür brauchen wir die FDP!

Wir bleiben gradlinig auf Kurs und setzen uns ein für die Fachkräftesicherung und Rohstoffversorgung in Deutschland. Wir setzen uns ein für die Stärkung und den Ausbau der deutschen Wirtschaft. Dies erreichen wir nur durch Innovationen und neue Märkte, durch Wachstum und Endfaltung. Wir Freidemokraten schauen positiv nach vorne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns als FDP liegt eine spannende, eine anstrengende Zeit, in der es uns gelingen muss und wird, trotz der verantwortungsvollen Aufgaben, denen wir uns widmen, unter der stetigen Zielsetzung den Liberalismus, die Möglichkeit der freien Entfaltung jedes Menschen in dieser Republik, zu stärken. Wir werden uns wehren gegen die Schmährufe derer, die die FDP abgeschrieben haben. Deutschland braucht uns momentan als einzige liberale Kraft und wird uns auch in Zukunft brauchen.

Und genauso hart wie Sie hier in Zwingenberg für dieses Ziel kämpfen, werden wir es in Berlin tun.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen nochmals ein gutes, ein erfolgreiches und ein glückliches Jahr 2012!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit